

nettenbehörden Süd-Koreas widerrechtlich, auf Geheiß der Amerikaner, den Leiter der russisch-orthodoxen Mission, Archimandrit Polykarp, der die Mission seit 1941 leitete und sich geweigert hatte, sie der Jurisdiktion des amerikanischen „Metropolitan“ Theophil auszuliefern . . .“

Auf ein Sympathietelegramm und Anfrage des Patriarchen Alexej von Moskau über die Lage in Söul antwortete Archimandrit Polykarp: „Von Herzen danke ich Eurer Heiligkeit für die Gratulation zu meiner Befreiung. Die Ungeheuer in Söul haben mich ohne Gerichtsverfahren, ohne Grund, ausgewiesen, indem sie mir vergeblich Spionage vorwarfen. Alles bewegliche und nicht bewegliche Gut der Mission wurde von der Polizei widerrechtlich den Koreanern übergeben, welche die Theophil-Jurisdiktion anerkennen. Ich glaube, die Tätigkeit der Mission läßt sich nur wiederaufnehmen, nachdem die gesetzliche Gewalt in Süd-Korea wiederhergestellt ist.“

Im Zusammenhang mit den Vorfällen um die russisch-orthodoxe Mission in Söul gewinnt eine von Patriarch Alexej angeordnete Reise des Bischofs Nestor von Kursk und Bjelgorod nach Charbin besondere Bedeutung. Wenn auch der im Moskauer Patriarchatsblatt abge-

druckte Reisebericht nur von dem Besuch der zahlreichen kirchlichen Einrichtungen Charbins und der Teilnahme an Gottesdiensten in allen Kirchen der Stadt spricht — wobei natürlich mit keinem Worte erwähnt ist, daß das vielseitige russische kulturelle und kirchliche Leben Charbins von der russischen Emigration aufgebaut wurde —, so ist doch kaum anzunehmen, daß die in großer Eile per Flugzeug und mit nur kurzen Unterbrechungen unternommene Reise lediglich den Zweck gehabt haben soll, „das entfernte Charbin zu besuchen“. Die Delegation verließ am 15. 6. 49 Moskau und traf am 18. 6. in Charbin ein. Am gleichen Tage erschienen, wie oben berichtet, bei Archimandrit Polykarp in Söul die südkoreanischen Polizisten und führten ihn zum Verhör ab. Da er am 29. 6. über den 38. Breitengrad geschafft wurde, hatte er genügend Zeit, mit der Moskauer Delegation in Charbin in Verbindung zu treten, da diese erst am 14. 7. wieder nach Moskau aufbrach.

Zweifellos erfuhr Patriarch Alexej von der Delegation die Einzelheiten der Ausweisung des Archimandriten Polykarp aus Süd-Korea, so daß er eine Woche nach Abreise des Bischofs Nestor aus Charbin am 22. 7. 49 telegraphisch seine Glückwünsche zur Befreiung Polykarps aussprechen konnte.

---

## Die Kirche in den Ländern

### Zur Geschichte der Unierten Kirche in Rumänien

Für die westliche Welt, besonders soweit sie von einer Diktatur verschont blieb, ist es nicht leicht, sich eine klare Vorstellung von der Lage der christlichen Kirchen in den sowjetisch kontrollierten Volksrepubliken des Ostens zu machen. Wir wissen zu wenig von den Vorgängen hinter dem Eisernen Vorhang. Einzelne Fälle, wie der Prozeß gegen Kardinal Mindszenty, machen uns wohl von Zeit zu Zeit die Gefährdung der Ostkirchen auf erschütternde Weise klar, aber im allgemeinen entziehen sich die Einzelheiten des Kirchenkampfes unserer Kenntnis, da zu wenig authentische Nachrichten und zuverlässige Ziffern zu uns gelangen. Verhältnismäßig wenig bekannt in der Öffentlichkeit, aber sehr aufschlußreich und geradezu beispielhaft für die Methoden der kommunistischen Diktatur sind die kirchlichen Verhältnisse in *Rumänien*.

Vor dem 2. Weltkrieg gehörten ungefähr 73% der rumänischen Bevölkerung zur griechisch-orthodoxen Kirche, etwa 15% zur katholischen Kirche beider Richtungen (römisch-katholische und griechisch-katholische oder unierte Kirche), der Rest zu andern christlichen (Lutheraner, Calvinisten) und nichtchristlichen Konfessionen (Juden, Mohammedaner). Diese Aufspaltung der rumänischen Kirche kann nur von der geschichtlichen Entwicklung des Landes her verstanden werden. Westliche und östliche Einflüsse haben sich hier schon von jeher gekreuzt und dem Lande seine eigentümliche Prägung verliehen. Die lateinische Kirche nimmt für sich in Anspruch, den Vorfahren der heutigen Rumänen den Hl. Nicetas von Remesiana als Apostel gesandt zu haben, so daß das ru-

mänische Christentum „ohne Zweifel lateinischen Ursprungs“ sei (Vgl. Stimmen der Zeit, 1949, Heft 11, S. 444). Aber während des 9. Jahrhunderts gehörte Rumänien dem ersten bulgarischen Reich an, welches das Christentum in byzantinischer Form angenommen hatte. Die Beziehungen zum Balkan, kirchlich gesehen zu Byzanz, sind dadurch für immer eng geknüpft worden und seit dieser Zeit nicht mehr abgerissen. Das entscheidende Ereignis für die Kirchengeschichte Rumäniens ist jedoch das Vordringen der Türken auf dem Balkan. Dadurch wurde Rumänien in zwei Teile gespalten, die von da ab verschiedene Entwicklungen durchliefen: das westlich der Karpathen gelegene, kulturell und religiös nach Westen orientierte Transsilvanien (Siebenbürgen) und die Donaufürstentümer Moldau und Walachei östlich der Karpathen. Hier herrschte natürlicherweise der griechisch-byzantinische Einfluß vor, und die regen Balkanbeziehungen dieses Teils von Rumänien blieben auch während der jahrhundertelangen Türkenherrschaft erhalten, ja verstärkten sich sogar noch. Der einheimische Adel der Bojaren bestand auch unter türkischer Oberhoheit weiter. In der Kirche war der griechische Einfluß maßgebend. Eine große Zahl der Klöster unterstand dem Athos, die griechische Liturgie gewann neben der altbulgarischen (kirchenslawischen) immer mehr an Bedeutung. Die Einführung des Rumänischen als Kirchensprache ist in den Donaufürstentümern erst viel später erstrebt worden als in Siebenbürgern. Bis in unsere Zeit behielt der Ostteil Rumäniens so die Blickrichtung nach Osten.

In Transsilvanien dagegen ist der Einfluß des Westens auf Kultur und Kirche immer stärker gewesen. Das lag an der Zugehörigkeit dieses Gebietes zur ungarischen Krone, später zu Habsburg. Die orthodoxe Kirche umfaßte auch

hier ursprünglich den größten Teil der Gläubigen, doch während die kirchliche Organisation in den Donaufürstentümern auch unter der Türkenherrschaft intakt blieb, gewann sie in Siebenbürgen keine eigene, feste Form. Erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurde ein permanentes Erzbistum eingerichtet (Alba-Julia), das aber dem Metropoliten der Walachei unterstand. Der Mittelpunkt des religiösen Lebens in Siebenbürgen lag in den Klöstern, nicht bei der Weltgeistlichkeit. Die Priester auf dem Lande waren zum größten Teil Leibeigene des Grundherren, auf dessen Gebiet sie amtierten. Der Klerus konnte sich nicht mehr aus dem Adel Siebenbürgens ergänzen, da dieser in zunehmendem Maße entnationalisiert, d. h. von der westlichen ritterlichen Kultur ungarischer Prägung aufgesaugt wurde und sich der römisch-katholischen Kirche zuwandte. Der Gegensatz der Konfessionen wurde so auch hier, wie meistens in Grenzgebieten, zu einem sozialen Gegensatz.

Im 16. Jahrhundert löste sich Siebenbürgen von Ungarn und wurde zu einem fast unabhängigen, wenn auch formal unter türkischer Oberhoheit stehenden Wahlfürstentum. Seitdem diese Fürsten dem Protestantismus angehörten, machte sich ein steigender Druck auf die orthodoxe Kirche bemerkbar. Der „Vladica“, d. i. der orthodoxe Bischof Siebenbürgens, wurde dem kalvinistischen Bischof unterstellt, 17 von 10 Dekanaten der orthodoxen Jurisdiktion entzogen. Unter den Fürsten Gabriel Bethlen und Georg I. Rakoczy wurde versucht, Siebenbürgen mit aller Macht zu protestantisieren. Eine lebhaftere Bewegung für die Übersetzung der Heiligen Schrift in die rumänische Nationalsprache setzte ein. Der Vladica mußte sogar als Bedingung für seine Bestätigung durch den Fürsten den Heidelberger Katechismus annehmen, der als „Wiederherstellung des reinen griechischen Glaubens“ gepriesen wurde. Die rumänische Sprache statt des Kirchenslawischen setzte sich durch, die Ikonen sollten aus dem Gottesdienst entfernt werden. Aber der Widerstand der Orthodoxie gegen diesen protestantischen Druck blieb natürlich nicht aus. Er verhinderte die volle Protestantisierung Siebenbürgens.

Als 1687, nach den Türkenkriegen, Siebenbürgen unter habsburgische Herrschaft gelangte, änderte sich die Lage der Kirche wiederum. Jetzt erhielten alle christlichen Konfessionen Gleichberechtigung. Bald entwickelte die römisch-katholische Kirche eine starke Aktivität, besonders unter Führung der Jesuiten. Sogleich begann auch eine lebhaftere, von Habsburg unterstützte Bewegung für die Vereinigung mit Rom, eine Bewegung, die sich vor allem nationaler Motive bediente, indem sie auf die geschichtlichen Zusammenhänge Rumäniens mit Rom hinwies. Als vom Kaiser den orthodoxen Priestern, die zur katholischen Kirche übertreten würden, die gleichen Rechte und Privilegien in Aussicht gestellt wurden wie den römisch-katholischen und protestantischen, war dieser nicht unwesentliche materielle Vorteil der Unionsbewegung sehr förderlich und führte im Jahre 1697 tatsächlich zur Vereinigung eines Teils der Orthodoxie mit Rom, unter Führung des Metropoliten Theophilus von Alba Julia. Bei dieser Union wurde der byzantinische Ritus garantiert und eine direkte Einmischung römischer Instanzen in die Angelegenheiten dieser neuen unierten Kirche ausgeschlossen. Da Theophilus bald danach starb, wiederholte eine zweite Synode am 21. Oktober 1698 in Alba Julia den Unionsakt. Am 5. September 1700 wurde er noch ein-

mal endgültig und feierlich bestätigt. Am 12. November 1853 verlieh eine päpstliche Bulle den Unierten die autonome Organisation, nachdem sie bis dahin dem römisch-katholischen Primas Ungarns unterstellt gewesen war: an die Spitze trat ein Metropolitan mit dem Sitz in Blaj, unter ihm standen 3, später 4 Suffraganbischöfe.

Die Eingliederung Siebenbürgens in Ungarn im Jahre 1867 bedeutete für die Unierten einen schweren Schlag. Sowohl von den katholischen Ungarn als von den rumänischen Orthodoxen jenseits der Karpathen wurden sie nur als zweitrangige Rumänen gelten gelassen, von den einen als Träger der nationalen Opposition gegen Ungarn unterdrückt, von den andern wegen ihrer Beziehungen zu Rom mißtrauisch betrachtet. Dabei waren gerade diese unierten Kreise maßgebend an der Bildung eines rumänischen Nationalgefühls, einer nationalen Literatur und Geschichtsschreibung in den vierziger Jahren beteiligt gewesen.

Die Perioden wechselnder Zugehörigkeit von Teilen Siebenbürgens zum Königreich Rumänien (1918—40) und zu Ungarn (1940—44) schließlich haben die Schwierigkeiten der unierten Kirche nur gemehrt und die Perspektiven eröffnet auf die Kämpfe, die ihr in der Volksrepublik erwachsen sollten.

Jedoch war es die seit 1882 selbständige, von einem eigenen, durch den Heiligen Synod gewählten Patriarchen geleitete orthodoxe Kirche Rumäniens, die zuerst die schwere Hand der kommunistischen Regierung auf sich fühlen mußte. Anlässlich eines Besuches des russisch-orthodoxen Patriarchen Alexei im Jahre 1947 ergingen sich die offiziellen Stellen der Regierung in mehr oder weniger offenen Angriffen auf die Leitung der orthodoxen Kirche. Der damalige Patriarch Nikodem widersetzte sich dem von Regierungskreisen gewünschten Einfluß der russischen Kirche. Jedoch schuf sich die kommunistische Regierung die Möglichkeit, jederzeit in kirchliche Angelegenheiten einzugreifen durch ein Gesetz, demzufolge praktisch jeder unerwünschte orthodoxe Bischof aus anderen als religiösen Motiven aus seinem Amt entfernt werden konnte. Auf Grund dieses Erlasses wurden in den folgenden Monaten drei Metropoliten und 2 Erzbischöfe ihrer Posten enthoben und durch der Regierung genehme Männer ersetzt. Gleichzeitig erging die Aufforderung an alle orthodoxen Priester, sich der demokratischen Front, der kommunistisch geleiteten Regierungsorganisation, anzuschließen. Als 1948 der Patriarch Nikodem starb, wurde zu seinem Nachfolger ein Mann ausersehen, der bis vor kurzem nur ein unbekannter Landgeistlicher gewesen war: Justinian Marina, die Hauptfigur in den Kirchenverfolgungen Rumäniens. Justinian verdankte seinen schnellen Aufstieg seiner regen Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei und seiner regen Propaganda gegen die katholische Kirche, die Ökumenische Bewegung und die westlichen Demokratien überhaupt. Ihn wählte die Moskau hörige rumänische Regierung zum Werkzeug ihrer Kirchenpolitik. Bald nach seiner Inthronisation nahm Justinian die Umgestaltung der rumänisch-orthodoxen Kirche nach diesen Gesichtspunkten vor. Alle Elemente, die sich der völligen Unterwerfung der Kirche unter die Russen widersetzen, wurden unter Druck gesetzt, zahlreiche Verhaftungen, Versetzungen nach abgelegenen Klöstern durchgeführt, bis eine wirksame Opposition gegen diesen neuen kommunistischen Kurs unterbunden war. Als sich trotz dieser Reorganisation der Kirche zwischen dem Patriarchen und

dem Heiligen Synod Meinungsverschiedenheiten ergaben, ermächtigte die Regierung Justinian, wichtige Entscheidungen ohne Befragung des Synods vorzunehmen. Damit war die Selbständigkeit der Orthodoxie Rumäniens beseitigt, der Willkür der Regierung freie Bahn geschaffen. Am 21. Oktober 1698 war in Alba Julia die Union mit Rom von 38 Erzpriestern unterzeichnet worden. Zur 250. Wiederkehr dieses Ereignisses gedachte die Regierung der Volksrepublik in Verbindung mit Patriarch Justinian Marina den vernichtenden Schlag gegen diese unierte Kirche zu führen, der etwa eineinhalb Millionen Gläubige angehörten. Die Richtung, die von der Regierung dabei eingeschlagen werden würde, hatte Justinian schon gewiesen, als er bei seiner Inthronisation als Patriarch (6. 6. 1948) die unierte Kirche zur Aufgabe ihres Schismas, also zur Wiedervereinigung mit der Orthodoxie aufforderte. Bald darauf erließ die Regierung eine Reihe von Gesetzen, die ihrem beabsichtigten Vorgehen gegen die Kirche den Schein der Legalität verleihen sollten: am 17. Juli 1948 kündigte sie willkürlich und einseitig das seit 1927 bestehende Konkordat mit Rom unter der Begründung, dadurch die „völlige religiöse Freiheit“ sicherzustellen. Ein Erlaß vom 3. August schaffte den Religionsunterricht ab und unterstellte alle kofessionellen Schulen dem Staate. Bald darauf wurden die zahlreichen Zeitschriften und Zeitungen der Unierten eingestellt oder stark beschränkt. Am 4. August brachte die Regierung das neue Gesetz: „über die allgemeine Ordnung der religiösen Kulte“ heraus. Darin wurde zunächst ausdrücklich die Gewissens- und Religionsfreiheit „garantiert“ (Artikel 1). Was es mit dieser Freiheit auf sich hat, beweist freilich schon die Bestimmung, daß jeder Kult der Anerkennung durch die Große Nationalversammlung bedarf. Diese Anerkennung kann aus „gut begründeten“ Motiven zurückgezogen werden (Art. 13). Das Kultgesetz sieht ferner die Möglichkeit vor, von einer Kultgemeinschaft zu einer andern überzuwechseln. Wenn in einem solchen Falle mehr als die Hälfte der Gläubigen übergeht, so fällt die Kirche mit allem ihrem Besitz dem Staate zu (Art. 37).

Dieses Kultgesetz gab der Regierung die Handhabe zu allerhand Maßnahmen gegen die unierte Kirche. Die Anzahl der Bischofsstühle wurde von 5 auf 2 reduziert — auch das war im Kultgesetz vorgesehen, indem darin auf 750 000 Gläubige nicht mehr als 1 Bischof zugelassen wurde. Jetzt mußte es die Hauptsorge der Regierung sein, eine künstliche Bewegung zur Wiedervereinigung mit der Orthodoxie zu organisieren. Die kommunistischen Agenten entfalteten eine überaus rege Tätigkeit in dieser Richtung, damit bis zur festgelegten Zeit — dem 1. Oktober 1948 — das Ziel erreicht werden könnte. Jeder einzelne unierte Priester wurde um sein schriftliches Einverständnis ersucht, daß er am 1. Oktober auf einem Kongreß in Cluj vertreten werden sollte. Die Namen der hierzu abzuordnenden Geistlichen wurden nicht genannt und sein wahrer Zweck — die Lösung von Rom — von den Regierungsagenten verschleiert, so daß viele Priester unterschrieben in der Meinung, es handle sich um eine harmlose Versammlung unter Vorsitz des Bischofs von Cluj. Wer das Spiel jedoch durchschaute und die Unterschrift verweigerte, setzte sich aller Art von Drohung, Erpressung, moralischem Druck, ja Gefängnis und Folterung aus. Auf diese Weise sammelten die Agenten der Regierung, ihren eigenen Angaben nach, 423 Unterschriften, von denen jedoch, wie unierte Quellen behaupten, nur 7

bei ausdrücklicher Kenntnis des wahren Sachverhaltes gegeben worden waren! Mit ähnlichen Methoden gelang es, die 38 Abgeordneten zusammenzubringen, die in Cluj über die „Rückkehr der Unierten in den Schoß der orthodoxen Mutterkirche“ beschließen sollten. Die gleiche Anzahl Erzpriester hatte vor 250 Jahren die Union mit Rom durchgeführt. Jetzt befanden sich bezeichnenderweise außer den beiden Führern der Versammlung keine Kanoniker und keine unverheirateten Priester darunter. Die kommunistischen Agenten und die Beamten der „Siguranta“, der rumänischen Geheimpolizei, verhinderten, wo sie nur konnten, die Aufklärung der unierten Gläubigen über die Hintergründe dieses Kongresses und setzten in Massen ihnen unangenehme Priester fest. Als der Kongreß eröffnet wurde, waren aus Cluj und Umgebung, im ganzen 28 Priester, einschließlich des Bischofs Hossu, unter scharfen Arrest gestellt. Die Polizei mußte auch dafür Sorge tragen, daß die 38 Teilnehmer der Versammlung beieinander blieben. Der eine Führer wurde jedoch im letzten Augenblick „krank“ und erschien nicht, einem andern gelang es, der Wachsamkeit der Polizei und der zwei heimlich anwesenden Beamten des Kultusministeriums zu entgehen und zu fliehen.

Aus Bukarest hatte das Kultusministerium eine fertig ausgearbeitete Erklärung geschickt, die im Namen der 423 Priester, deren Unterschriften man zusammengebracht hatte, die Wiedervereinigung mit der orthodoxen Mutterkirche forderte. Es war allen Kongreßteilnehmern klar, daß hier keine Abänderungsvorschläge möglich waren. So nahm die Versammlung diese Erklärung „einstimmig und mit großer Begeisterung“, wie kommunistische Blätter berichteten, an. Zwei Tage später mußte sich der ganze Kongreß in eigenen Eisenbahnwagen nach Bukarest verfrachten lassen — die Polizei paßte auf, daß niemand unterwegs ausstieg —, wo die Erklärung dem Patriarchen und dem Heiligen Synod vorgelegt und in der Kirche St. Spiridion während der Liturgie feierlich angenommen wurde.

Aber diese Erklärung der Priesterschaft reichte noch nicht aus, um die Vereinigung der Kirchen zu vollziehen. Gemäß dem Kultgesetz mußten ja mindestens 50% der Gläubigen für die Rückkehr zur Orthodoxie stimmen, ehe sie Rechtskraft gewinnen konnte. Also wurden die unierten Laien unter Druck gesetzt. Auf den Dörfern traten die Agenten der Regierung an jeden heran, der als Anhänger der so hart verfolgten Kirche bekannt war. Die Leute mußten unterschreiben, daß sie aus freiem Willen, ohne jede Nötigung den Übertritt vollzögen. Manche Gemeinden machten es sich einfach, indem der kommunistische Bürgermeister in Bausch und Bogen alle Namen einsandte, ohne sich um den Protest derer zu kümmern, die ihre Zustimmung zu einem derartigen Manöver verweigerten. An anderen Orten wurde scharf vorgegangen gegen die Gläubigen, die ihrer Kirche treu bleiben wollten. Man drohte ihnen die Entziehung der Lebensmittelkarten, die Deportation nach Rußland an, wenn sie nicht unterschreiben würden, man weigerte sich, die Registrierung der Neugeborenen vorzunehmen, ja sogar ihr Korn durften sie nicht in der Mühle mahlen lassen, wenn sie nicht die gewünschte Erklärung abgaben. Entsprechend wurden die Zivilbeamten durch Androhung der Entlassung, der Pensionsentziehung, der Strafversetzung sowie durch dauernde Hausarreste, Beschlagnahmen von Hab und Gut usw. gefügig gemacht.

Nun mußte, um diese Farce zu vollenden, der „freiwillige“ Übertritt des Volkes nur noch öffentlich demonstriert werden. Das organisierte die kommunistische Partei zum 21. Oktober, dem 250. Jahrestag des Kongresses in Alba Julia, in großem Stile. Die Bevölkerung der Umgebung wurde auf Lastwagen in die Stadt befördert, es gab Freifahrten für jeden, der teilnehmen wollte. Kommunistische Blätter sprachen von Tausenden „begeisterter“ Demonstranten. Vor dieser Versammlung wurde eine Resolution verlesen, die den Abbruch der Beziehungen zum Vatikan und die Rückkehr zur orthodoxen Kirche verkündete. Patriarch Justinian, von einer Abordnung der Versammlung um Übernahme des Präsidiums gebeten, erklärte nunmehr auf Grund dieses Volksbeschlusses und des vorangegangenen Kongresses in Cluj die Union von 1698 für null und nichtig.

Damit sah sich die Regierung am Ziel ihrer Wünsche. Die Proteste des päpstlichen Nuntius in Bukarest sowie der katholischen Bischöfe beider Riten fruchteten natürlich nichts. Am 1. Dezember erklärte ein Dekret der rumänischen Nationalversammlung die Organisationen der ehemals unierten Kirche für aufgelöst und stellte ihren gesamten Besitz dem Staat zur Verfügung.

Aber die Verfolgungen gingen unaufhörlich weiter. Alle 6 unierten Bischöfe wurden verhaftet, die Gottesdienste nach uniertem Ritus verboten, die Kirchen geschlossen oder den Orthodoxen übergeben. Aber insgeheim wurde in Privathäusern Gottesdienst gehalten. Die unierten Laien begriffen den Ernst der Lage und halfen ihren schwer verfolgten Priestern, wo sie konnten. Die Regierung mußte vielfach Polizei und Truppen einsetzen, um ihre Maßnahmen durchzuführen. In orthodoxen Kreisen selbst herrschte eine starke Stimmung gegen die Wiedervereinigung und die dabei angewandten gewissenlosen Methoden. Viele Priester — die Zahl 76 wird genannt — weigerten sich, die unierten Kirchen zu übernehmen und zogen es vor, sich verhaften zu lassen. Offener Wider-

stand freilich wurde von der orthodoxen Kirche im ganzen nicht gewagt.

Auf die Dauer konnte ein Teil der unierten Priesterschaft und der Gläubigen dem Druck der Regierung nicht widerstehen, wenn sie ihre Familien nicht dem sicheren Ruin aussetzen wollten. Die Priesterehe ist im christlichen Osten ja völlig legitim, und 90% der unierten Priester Rumäniens sind verheiratet und haben in der Regel große Familien. Man muß sich klarmachen, wie verzweifelt die Lage für diese Priester war. Die Regierung gab bekannt, daß die übergetretenen Priester in ihren Gemeinden und Ämtern verbleiben dürften und dieselben Rechte genießen würden wie die orthodoxen. Daraufhin trat im Laufe der Zeit eine große Anzahl — genaue Schätzung ist nicht möglich — pro tempore über, um ihre Familien zu retten. Auch mögen vielleicht manche die einzige Rettung für die Kirche in der Anpassung an den Staat gesehen haben, wie dies ein ehemals uniierter Priester aussprach: „Die Zeiten haben sich geändert und wir müssen uns ihnen anpassen. Morgen, wenn sie sich wieder ändern, werden wir zum Papst zurückkehren. So werden wir die Religion retten und auch unser Land. Sonst können wir nicht leben und unsere Gläubigen nicht retten“ (vgl. *The Eastern Churches*, 3, 1949, S. 191).

Der Vernichtungskampf gegen die Unierte Kirche, von Moskau aus geplant und von der kommunistischen Regierung Rumäniens durchgeführt, wirft ein grelles Licht auf die Methoden des diktatorischen Staates, dem die Religion nichts anderes bedeutet, als ein Instrument der Politik. In der Unierten Kirche sahen die kommunistischen Machthaber das stärkste Band mit dem europäischen Westen. Es mußte daher zerschnitten werden, wenn die völlige und ausschließliche Orientierung nach dem sowjetischen Osten vollzogen werden sollte. Zwar besteht noch die römisch-katholische Kirche Rumäniens mit etwas mehr als einer Million Gläubiger. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die kommunistische Regierung auch diese Gemeinschaft zu vernichten beabsichtigt.

---

## Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

### Die menschliche Natur in der modernen Dichtung

Wir haben in unserer vorigen Nummer einen kurzen Bericht über die Tagung der katholischen Akademiker Frankreichs gegeben, deren Thema „Humanismus und Gnade“ war, und haben versprochen, über die wichtigsten Vorträge noch ausführlich zu berichten. Der erste große Vortrag am ersten Sitzungstag wurde von *Pierre Jouguet* gehalten, und sein Gegenstand war das Menschenbild, wie es sich vorwiegend in der heutigen Literatur darstellt. Denn das Bild der Wirklichkeit, das die Dichter zeichnen, ist ja stets sehr aufschlußreich für das Lebensgefühl einer ganzen Zeit, und das Thema der Tagung, die von den verschiedensten Seiten aus das Problem der Beziehung zwischen einer menschlichen Wirklichkeit und der Gnade beleuchten wollte, setzt ein irgendwie beschaffenes Bild vom Menschen voraus. Es war die große Schwierigkeit des Themas, die Einsichten,

die die verschiedenen Wissenschaften, Biologie, Psychologie, Medizin, zum Wesen des Menschen beibrachten, in Beziehung zu setzen zu den Erkenntnissen, die Theologie und Philosophie erarbeiten. Einer der Teilnehmer und Vortragenden der Tagung, *Georges Hahn*, hat in einer kleinen Berichterstattung in „*La Vie Intellectuelle*“ (Juni 1950) gesagt, diese Schwierigkeit habe die Tagung auch in der Tat nicht überwinden können. Das Menschenbild der Wissenschaft und das der Theologie und Philosophie, aus zwei völlig verschiedenen Quellen entsprungen, seien unvermittelt nebeneinander stehen geblieben.

Wenn ein Gebiet menschlichen Schaffens geeignet ist, diese Kluft zu überbrücken, so ist es gewiß die Literatur. Denn die charakteristischsten der modernen Schriftsteller mit ihrem Fanatismus der Erfassung der Wirklichkeit versuchen als Kinder unserer Zeit, den Menschen mit den Augen der wissenschaftlichen Erkenntnisse unserer Zeit zu sehen und ihn zugleich im Licht ihrer jeweiligen Welt-